

Der **Zimmerer**

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzelle 50 Pf.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel, in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, Euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen Euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil Ihr Sozialisten, nur weil Ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrückten, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als Ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushielten.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruders Hasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie Euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um Eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA. marschieren in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt Euch zusammen in der eisernen Abwehrfront! Die Armeen des Dritten Reiches müssen an Euren festgefügtten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung Eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder Einzelne sei ein Kämpfer!

Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!

Einigkeit! Eiserne Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte des Kapitals!

Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1

Vorstand des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Ende der Reparationen

Nach wochenlangen Verhandlungen ist auf der Konferenz in Lausanne eine Einigung erfolgt. Der 8. Juli 1932 wird in der Geschichte der Menschheit ein denkwürdiger Tag bleiben. 14 lange Jahre waren notwendig, um das Völkermorden auch finanzpolitisch zu liquidieren. Der Streit um Reparationen hat das Zusammenleben der Völker Europas vergiftet. In Deutschland hat dieser Zankapfel der faschistischen Bewegung leicht geringe Erfolge gebracht. Dem unpolitischen deutschen Volke gegenüber wurde es so hingestellt, als wenn das sogenannte „System“ an den Tributleistungen schuld sei und nur nationalsozialistischer Spektakel genügen würde, um die Kriegsgegner von ihren Forderungen abzubringen. Das Gegenteil ist im Laufe der 14 Jahre des öfteren eingetreten. Nur die friedliche Verständigung zwischen Gläubigern und Schuldnern der Reparationsforderungen bot

einen Weg zur endgültigen Regelung. Es ist ein dornenvoller Pfad, den die Völker Europas seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles wandeln mußten. Rathenau, Stresemann, Müller und Brüning haben unablässig und in konsequenter Haltung auf dem Wege der Verständigung eine Einigung zu erzielen versucht. Nun kommt eine nationalistische Regierung und erntet die Früchte, die andere gesät haben. So bedauerlich dies auch innerpolitisch ist, das arbeitende Volk ist dennoch erfreut, daß endlich jener zwischen den Völkern liegende Eisblock, Reparationszahlungen genannt, zum Schmelzen gebracht werden konnte.

Ehe es eine nationalsozialistische Bewegung gab, haben die deutschen Gewerkschaften und daneben der Internationale Gewerkschaftsbund auf die Beseitigung der starren und strengen Bindungen Deutschlands hinzuwirken

versucht. Mehr als einmal haben deutsche Gewerkschaftsführer gerade im Interesse des arbeitenden Volkes ihre Stimme gegen die Reparationsforderungen erhoben. Dies muß hier noch einmal festgestellt werden. Wir können uns deshalb aufrichtig freuen, daß der Vernunft endlich eine Gasse gebahnt wurde und das friedliche Europa von einem lästigen Druck befreit ist. Jene furchtbare Wirtschaftskrise, die alle Errungenschaften zu verschlingen droht, hatte nicht zuletzt in den politischen Spannungen ihre Ursache. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, diesem Krisenzustand energisch und mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

Die Vertreter des deutschen Kabinetts der „aufbauenden nationalen Kräfte“ sind mit dem Vorsatz nach Lausanne gegangen, jede Zahlung Deutschlands für die Zukunft zu verweigern. Die Gläubigermächte hingegen, Frankreich an der Spitze, wollten gewisse Verpflichtungen Deutschlands auch in Zukunft bestehen lassen. Frankreich forderte die Zahlung einer Ausgleichssumme von 8 Milliarden

Goldfrank. Die deutschen Vertreter wollten sich schließlich bereit erklären, 2 Milliarden Goldmark zu zahlen. Der geschickten Vermittlung des englischen Premierministers Macdonald ist es zu verdanken, daß schließlich eine Annäherung zwischen den französischen Forderungen und den deutschen Zugeständnissen erreicht wurde. Man einigte sich auf die Zahlung einer Summe von insgesamt 3 Milliarden Mark. Damit ist die durch das Hoover-Jahr gestundete Jahreszahlung abgegolten; ferner zahlt Deutschland rund 1 Milliarde Mark in eine Wiederaufbaukasse, die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verwaltet wird und für Kredite an finanziell schwache, namentlich südosteuropäische Länder verwandt werden soll. Die Zahlung der 3 Milliarden Mark erfolgt nicht auf einmal, auch nicht in festen Raten, sondern in Gestalt von Bons, die auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden und von Deutschland verzinst und amortisiert werden müssen. In den ersten

drei Jahren braucht überhaupt nichts gezahlt zu werden. Die Reichsschuldverschreibungen können nur dann ausgegeben werden, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Der erste Teil der Bons wird dem internationalen Kapitalmarkt zugeleitet, wenn bei 5prozentiger Verzinsung ein Kurs von 90 % erreicht wird. Der zweite Teil wird begeben, wenn die Schuldverschreibungen zu einem Kurs von 95 % unterzubringen sind. Wenn innerhalb einer Frist von zwölf Jahren nach Inkrafttreten der Zahlungen die Begebung der 3 Milliarden Mark Schuldverschreibungen auf den ausländischen Kapitalmärkten nicht möglich ist, so verfällt der nicht ausgegebene Restbetrag vollständig. Es bestände also die Möglichkeit, daß Deutschland noch weniger als 3 Milliarden Mark zu zahlen braucht. Deutschland hat jederzeit das Rückkaufsrecht für die von der BIZ. noch nicht ausgegebenen Bons. Soweit die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands in der Zukunft.

Nicht unwichtig ist es, daß das Deutsche Reich sofort die vollständig freie Verfügung über die Reichsbahn und die Reichsbank erhält. Diese beiden Institute werden von allen internationalen Bindungen befreit. Alle der BIZ. überreichten Reichseisenbahnbons werden zurückgegeben, ebenfalls die deutsche Gold-

einlage in Höhe von 65 Millionen Mark, die zinslos bei der BIZ. lag. Die Reichsbank ist auch von der Verpflichtung befreit, die ihr bezüglich der Golddeckung und der Höhe des Diskontsatzes auferlegt war. Das wichtigste von alledem ist, daß hinfort die Reparationszahlungen vollständig beseitigt sind. Die aufgeworfenen politischen Fragen, um die in Lausanne heftig gestritten wurde, sind nur teilweise gelöst. Der Teil des Versailler Vertrages, der die Reparationen auf der Grundlage der festgestellten Kriegsschuld aufbaute, wird gestrichen und durch den Lausanner Vertrag ersetzt. Die deutsche Regierung hat gemäß ihrer Einstellung versucht, für Deutschland die sogenannte Wehrfreiheit zurückzuerhalten. Schließlich hat man infolge des Widerstandes der Gegner auf Durchsetzung dieser Forderung verzichtet. Unsern Standpunkt zu dieser Frage dürften wir als bekannt voraussetzen: Wir verlangen keine Aufrüstung Deutschlands, sondern die allgemeine Abrüstung aller Staaten! Durch die hemmungslose Rüstungsfreiheit aller Staaten würde jener Zustand wieder herbeigeführt, den man durch die endgültige Liquidierung des Weltkrieges überwunden zu haben glaubt. Nicht die Vorbereitung zu Kriegen tut not, sondern der Wiederaufbau des armen, durch politische Zankereien und Krisen zerrütteten Europas.

Die Entscheidung in Lausanne ist gefallen. In Zukunft braucht man sich nicht mehr um Reparationszahlungen zu streiten. Die Großmächte Europas haben in gemeinsamer Entschließung wichtige Teile des Friedensvertrages außer Kraft gesetzt. Die internationale Atmosphäre ist entgiftet. Dadurch ist eine Situation geschaffen, die es ermöglicht, den wirtschaftlichen Wiederaufbau kräftig zu betreiben. Die Weltwirtschaft ist in den letzten Jahren von der Weltpolitik gestört worden. Die gegenwärtige Krise ist ein Beweis für das Ausmaß dieser Störung. 25 bis 30 Millionen Arbeitslose waren die Folgen der politischen und wirtschaftlichen Zerrüttung. Jetzt ist die Bahn frei. Die Arbeiterklasse Europas fordert, daß jetzt alle Kräfte mobilisiert werden, damit der furchtbare Druck von

Hunger und Not beseitigt wird. Die reaktionäre Welle in der Welt ist genährt worden durch die Streitigkeiten um die Reparationen. Das ist jetzt vorbei. Wir werden nun sehen, inwieweit die Wirtschafts- und Staatslenker in der Lage sind, die europäischen Völker auch von dem wirtschaftlichen Druck zu befreien. Von der Möglichkeit des Vollbringens hängt das Schicksal des europäischen Kapitalismus ab. Die beschlossene Weltwirtschaftskonferenz soll die Wiedergesundung Europas vorbereiten. Hoffen wir, daß es ihr gelingt. Das deutsche Volk aber muß innenpolitisch die Kräfte beseitigen, die einer friedlichen wirtschaftlichen Verständigung der Völker hindernd im Wege stehen. Vor allem Schluß mit dem Nazispuk! Dazu ist am 31. Juli hinreichend Gelegenheit gegeben.

Für gerechte Lastenverteilung

Die erste Notverordnung der Regierung der Nazibarone stellt einen Rekord an sozialen Ungerechtigkeiten dar. Sie läßt alle Lasten den breiten Massen auf und verteilt an die Besitzenden Geschenke. Den werktätigen Schichten bringt sie eine Milliarde Sozialabbau und 1/2 Milliarden neue Steuern, den Besitzenden aber 100 Millionen Steuererlaß. So sieht also „die Anpassung an die Armut der Nation“ aus, die die Junkerregierung in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat. Diese Anpassung an die Armut gilt nur für die Arbeitslosen und Sozialrentner, für die Kriegsbeschädigten und für die Wohlfahrtsempfänger, nicht aber für die hohen Gehälter und Pensionen, für die Kapitalisten und Großagrarien.

Die Junkerregierung hat nicht den Mut, die Verantwortung für ihre erste Notverordnung selbst zu übernehmen. Die Nazis machen verzweifelte Anstrengungen, die Mitschuld an der Notverordnung dieser Regierung abzuleugnen, der sie selbst in den Sattel geholfen haben. Deshalb versuchen Nazis und Junkerregierung gemeinsam, die Schuld an den ungeheuren Belastungen von sich abzuwälzen und einer angeblich sozialistischen Finanzmißwirtschaft in den letzten Jahren in die Schuhe zu schieben. Wie steht es in Wirklichkeit mit dieser marxistischen Mißwirtschaft?

In den letzten 13 Jahren war der Posten des Reichsfinanzministers nur 1 1/2 Jahre lang durch einen Sozialdemokraten besetzt. Als er sein Amt antrat, hatten seine bürgerlichen Vorgänger alle Ueberschüsse verwirtschaftet und ihm ein riesiges Defizit hinterlassen. Als dann die Wirtschaftskrise hereinbrach, mußte sie zwangsläufig zu immer neuen Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten führen.

Der entscheidende Fehler aber in der Finanzpolitik der letzten Jahre war die unsoziale und ungerechte Lastenverteilung. Alle Opfer wurden den breiten Massen auferlegt; die Erleichterungen aber kamen fast ausschließlich den Besitzenden zugute. Die Massensteuern wurden immer aufs neue erhöht: Tabaksteuer und Biersteuer wurden mehrmals verschärft, Umsatzsteuer, Getränkesteuer und Zuckersteuer wurden wesentlich heraufgesetzt, Bürgersteuer, Krisensteuer und Konsumvereinssteuer wurden neu eingeführt. Und zu all diesen schweren Belastungen hat die Regierung der Nazibarone jetzt noch die Arbeitslosenabgabe und die Salzsteuer hinzugefügt. Die Besitzsteuern aber wurden dauernd gesenkt: Die Rentenbankbelastung der Landwirtschaft wurde völlig aufgehoben, die Sondervermögensteuer der Großindustriellen unternehmungen (Industriebelastung) wurde auf 1/2 abgebaut, die Realsteuern, die Hauszinssteuer, die Kapitalverkehrssteuern wurden ermäßigt, die Kapitalertragsteuer zum größten Teil außer Kraft gesetzt, die Freigrenze bei der Vermögensteuer wurde erhöht.

In dieser Steuerscheu des Besitzes und nicht in einer angeblich marxistischen Mißwirtschaft liegt die Hauptsache dafür, daß die Sanierung der öffentlichen Finanzen immer noch nicht gelungen ist. Das Besitzbürgertum hat durch eine jahrelange zielbewußte Politik der Lastenabwürdigung alles darauf angelegt,

die finanzielle Grundlage des Staates zu untergraben. Jetzt, nachdem ihm das gelungen ist, hat dasselbe Besitzbürgertum die Stirn, die Verantwortung für die Folgen seiner Politik einer „sozialistischen Finanzpolitik“ zuzuschieben, die es nie gegeben hat.

Die Regierung der Nazibarone hat mit ihrer neuen Notverordnung bewiesen, daß sie die Besitzenden noch mehr schonen und begünstigen, die breiten Massen aber noch mehr belasten und überbürden will. Diese Finanzpolitik muß zum Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen führen. Ein solcher Zusammenbruch mit seinen verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen kann nur vermieden werden, wenn an die Stelle der unsozialen und ungerechten Lastenverteilung, wie sie die Nazibarone durchgeführt haben, eine soziale und gerechte Lastenverteilung tritt. Es muß Schluß gemacht werden mit dem bisherigen System, die Massensteuern zu erhöhen und die Besitzsteuern zu senken. Nach all den Abbaumaßnahmen, nach all den Massensteuernerhöhungen der letzten Jahre müssen endlich die Besitzenden zu fühlbaren Opfern herangezogen werden.

Anstatt auch die kleinsten Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Arbeitslosenabgabe rücksichtslos zu belasten, müssen endlich auch die Besitzenden durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf die hohen Einkommen erfaßt werden. Die Furcht vor der Kapitalflucht und die Sorge um die Kapitalbildung, die bisher einer Erhöhung der Einkommensteuer entgegenstanden, sind jetzt hinfällig geworden. Die Kapitalflucht ist auf Grund sozialdemokratischer Vorschläge durch die neue Devisenzwangswirtschaft fast unmöglich gemacht und die Kapitalbildung ist aus andern Gründen nahezu lahmgelegt. Selbst in den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt die Sätze der Einkommensteuer bis auf 55 % erhöht worden, während sie bei uns nur bis zu 40 % gehen.

Anstatt die Lebenshaltung der Erwerbslosen und der Sozialrentner durch den Sozialabbau auf der ganzen Linie bis weit unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die großen Vermögen durch eine scharfe Erhöhung der Vermögen- und Erbschaftsteuer getroffen werden. Unsere Vermögensteuer beträgt nur 1/2 % und auch unsere Erbschaftsteuer ist wesentlich milder als z. B. die englische Erbschaftsteuer. Ein Vorstoß Hilferdings als Reichsfinanzminister im Jahre 1929 zur Verschärfung der Erbschaftsteuer ist jedoch an der Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gescheitert.

Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salzsteuer und Schlachtsteuer aufs schwerste zu belasten, muß endlich der Luxusverbrauch der wohlhabenden Schichten einer umfassenden Besteuerung unterworfen werden. Sogar in Amerika hat man sich jetzt entschlossen, hohe Luxussteuern auf fast alle Luxusartikel einzuführen. Es ist allerhöchste Zeit, daß das auch in Deutschland geschieht.

Das sind die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie und der

Unsere statistischen Feststellungen

vom 25. Juni 1932

Am vorerwähnten Tage haben 869 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspolier, Gesellen) von 85 617 nachgewiesen und außerdem 2970 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 66 098 oder 77,2 % und von den

Lehrlingen 818 oder 27,5 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 683 oder 0,8 % und von den Lehrlingen 39 oder 1,3 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Es berichteten					
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)			Lehrlinge		
		gesamt	davon arbeitslos	gesamt	davon arbeitslos		
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Ostpreußen	58	4 101	3 030	73,9	211	62	29,4
2. Schlesien	77	8 872	7 110	80,1	509	167	32,9
3. Brandenburg	106	8 707	5 921	68,0	344	42	22,1
4. Pommern	59	3 540	2 414	68,1	130	17	13,1
5. Nordmark	107	9 079	6 518	71,8	252	29	11,5
6. Niedersachsen	82	6 455	4 912	76,1	176	43	24,4
7. Westfalen	18	2 074	1 853	89,3	44	25	56,8
8. Rheinland	19	2 733	2 417	88,4	41	22	53,6
9. Hessen	26	3 559	2 963	83,2	68	27	39,7
10. Mitteldeutschland	135	11 271	8 801	77,4	519	163	31,4
11. Sachsen	60	16 410	13 261	80,8	416	113	27,1
12. Bayern	82	5 718	4 419	77,3	183	78	42,6
13. Südwestdeutschland	38	2 594	2 044	78,8	53	24	45,3
Deutsches Reich	867	85 113	65 663	77,1	2 946	812	27,6
14. Ausland	2	504	435	86,2	24	6	25,0
Insgesamt	869	85 617	66 098	77,2	2 970	818	27,5

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 49 Zahlstellen, die 1422 Mitglieder und außerdem 37 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 918 Zahlstellen mit 87 039 Mitgliedern und

außerdem 3007 Lehrlingen, insgesamt 90 046 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 30. Juli.

Konjunkturstatistik

An der Konjunkturstatistik waren im Monat Juni 343 Betriebe beteiligt, die 1765 Zimmerer beschäftigten. Das sind 1724 Zimmerer weniger als im Juni 1931. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 53. Von den 343 Betrieben, die berichteten, war der Beschäftigungsgrad in 3 Betrieben mit 55 Beschäftigten gut, in 37 Betrieben mit 441 Zimmerern als befriedigend und in 303 Betrieben mit 1269 Zimmerern als schlecht zu bezeich-

nen. Im Laufe des letzten Monats sind in 110 Betrieben 301 Zimmerer eingestellt und in 104 Betrieben 319 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden im allgemeinen als schlecht bezeichnet.

Aus nachstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur einen sehr geringen Abstieg verzeichnet. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
1931 Juni	23	637	86	1 331	229	1 521	3,25
1932 Mai	8	149	28	362	285	1 215	3,62
1932 Juni	3	55	37	441	303	1 269	3,69

Ende Juni waren von 100 Verbandsmitgliedern 77,2 arbeitslos und 0,8 krank, somit nur 22 in Arbeit. Bei den Lehrlingen waren von 100 27,5 ohne Arbeit und 1,3 krank, somit nur 71,2 in Arbeit.

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit ist 77,2 %. Die niedrigste Arbeitslosigkeit ist im Landesarbeitsamt Brandenburg mit 68 % und die höchste im Landesarbeitsamt Westfalen mit 89,3 %.

freien Gewerkschaften, um die bei der Reichstagswahl gekämpft wird. Das ist der Weg, auf dem die Sanierung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden kann, ohne die Kaufkraft der breiten Massen weiter zu schwächen und die Wirtschaftsschrumpfung dadurch noch mehr zu verschlimmern. Für sozial gerechte Lastenverteilung, das ist die finanzpolitische Parole der Sozialdemokratie.

Wer will, daß diese Parole zum Siege geführt wird.

Wer will, daß Schluß gemacht wird

Bonzen und Oberbonzen

Was ist ein Bonze? Eigentlich ein buddhistischer Priester. In der Nazisprache ist es ein ehemaliger Arbeiter, der jetzt als Parteifunktionär sein Amt innehat oder einer, der auf Grund seiner persönlichen Eignung und seiner Parteizugehörigkeit in ein staatliches Amt berufen wurde.

Braun und Severing, Ebert, Wels und Thälmann sind nach dieser Anschauung Bonzen.

Was aber ist in dieser Sprache Adolf Hitler? Der war früher Anstreicher oder Dekorateur, ist nach dem Kriege Parteihauptling geworden und lebt seit zehn Jahren von den Geldern seiner Partei. Er ist also ein Oberbonze! Mehr noch: Um deutscher Staatsangehöriger zu werden, wurde er zum Schein und ohne jede Kenntnis zum Braunschweigischen Regierungsrat ernannt — er ist also Bonze in doppelter Eigenschaft.

Was ist Herr Strasser? Er war früher Apotheker in Landshut i. B. Seit zehn Jahren lebt er von der Partei, ist Organisationsleiter der Nazis, also in ihrer Sprache ein Bonze.

Was ist Herr Klagges in Braunschweig? Auf Grund seiner Nazizugehörigkeit Minister des Braunschweigischen Staates geworden, würde auf ihn die gleiche Bezeichnung zutreffen.

Was ist Herr Röver, Ministerpräsident in Oldenburg? Er war Handlungsgehilfe in einem Kaffeegeschäft, ist seit 1928 Gauleiter der Nazi-Partei und wurde von der Partei bezahlt. Jetzt ist er Ministerpräsident in Oldenburg, also in der Nazisprache ein ausgewachsener Bonze.

Goebbels, Graf Reventlow, Dr. Rosenberg, Feder, sie alle leben in irgend einer Form von den nationalsozialistischen Partei- und Zeitungseinrichtungen, sind also Bonzen, Oberbonzen, Mandarinen.

Der Reichstag hat unter 107 nationalsozialistischen Abgeordneten über dreißig Bonzen, im Preußischen Landtag sind es doppelt so viel.

So widerlegen die Nazis ihre eigenen Schlagworte — die geborenen wurden nur aus Haß gegen die Arbeiterklasse.

Schämen müßten sich die Leute, die sich selbst Arbeiterpartei nennen und die sich selbst beschmutzen, indem sie jemanden die einfache arme Herkunft vorwerfen.

Oder haben diese Bonzen ihre Pflicht nicht getan? Wer hat die Arbeitslosenversicherung in Deutschland eingeführt? Die sogenannten Bonzen. Wer hat die Sätze der Invalidenversicherung dauernd heraufgesetzt? Die sogenannten Bonzen. Wer hat Mutterschutz und Wöchnerinnenfürsorge herbeigeführt? Die sogenannten Bonzen. Wer hat Millionen Armer aus den Mietskasernen in Siedlungen untergebracht? Die sogenannten Bonzen. Wer hat die Heilverfahren in den Krankenkassenversicherungen und Städten eingeführt und Tausende in Erholungsheimen und Bädern untergebracht? Die sogenannten Bonzen. Wer hat die Theater für die Leute aus dem Volke erst geöffnet? Die sogenannten Bonzen.

Mit Anerkennung ist die Tätigkeit sozialdemokratischer Bürgermeister, wir nennen Beins in Magdeburg, Brauer in Altona, Heimerich in Mannheim, Mache in Breslau und viele andere, auch von den Gegnern stets beurteilt worden, weil sie der Gesamtheit ihrer Bürger dienten.

Die Bonzen der Nazis haben bisher nichts gezeigt als ihr großes Maul. Sie

mit dem brutalen Sozialabbau, mit den rücksichtslosen Massensteuernerhöhungen und mit den freigebigen Steuergeschenken und Subventionen an die Großkapitalisten, wer will, daß endlich auch die Besitzenden Opfer bringen müssen, der muß in diesem Reichstagswahlkampf alle Kräfte daran setzen, daß der Junkerregierung und ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen am 31. Juli die Quittung für ihre Politik der Volksbedrückung und der Besitzbegünstigung erteilt wird.

Erich Rinner.

haben weder in Thüringen noch in Braunschweig, noch in Mecklenburg Vorbildliches geschaffen, sondern die Entwicklung rückwärts gedreht und dasselbe auch jetzt im Reich begonnen. Deshalb: **Nieder mit den Bonzen des Hexenkreuzes!**

Paul Löbe.

Kampf um die Arbeitsbeschaffung

Wenn die private Wirtschaft keine Arbeit zu schaffen vermag, muß der Staat eingreifen. Ausgehend hiervon haben die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei seit vielen Monaten ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auf seinem Krisenkongreß am 13. April der Öffentlichkeit praktische Vorschläge unterbreitet, wie das Grundübel der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit, gemildert werden kann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag drei Gesetzentwürfe vorgelegt: einen über die Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbauens, einen über die Auflegung einer Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung und einen über Umgestaltung der Hauszinssteuer in eine Rentenschuld. Diese drei Gesetzentwürfe enthielten daneben ein umfassendes Programm für die Arbeitsbeschaffung.

Freiheitspfeile über Deutschland

Erster Pfeil: Aktivität

Zweiter Pfeil: Disziplin

Dritter Pfeil: Einigkeit

In diesem Zeichen werden wir siegen!

In diesen Tagen sind bereits eine Million Freiheitspfeile umgesetzt. Eine Million Männer und Frauen in allen Teilen des Reichs tragen das Zeichen der Eisernen Front.

In den Fabriken und Büros, auf dem Lande, an der Stempelstelle, überall wo denkende Menschen die Gefahr des Faschismus und der Reaktion erkannt haben und wo sie zur Verteidigung ihrer heiligen Menschenrechte und der Zukunft des arbeitenden Volkes aufgestanden sind, fliegen die Pfeile, das Symbol der Freiheit.

Eine Million steht Schulter an Schulter — die Eisernen Front!!

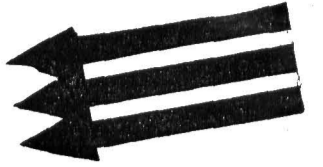
Keiner für sich, jeder für alle und alle für einen.

Eine Million Kämpfer und Kämpferinnen bekunden mit stolzem Mut, daß sie dabei sind, wo Aktivität, Disziplin und Einigkeit den Weg aus Elend und Terror in eine neue Welt bahnen.

Eine Million kämpft auch für Dich!

Und Du? — Hast Du Dich bekannt?

Trägst Du schon das Zeichen?



beschaffung als eine der vordringlichsten Aufgaben ansehe. Trotzdem hat sie von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ihrer Vorgängerin nur Nebensächlichkeiten übernommen.

Die Millionen Volksgenossen, die ohne Arbeit sind und sich kümmerlich durchschlagen müssen, hatten sich an den Gedanken der Arbeitsbeschaffung als letzte Hoffnung geklammert. Sie sind von der Regierung der Hitler-Barone schwer enttäuscht worden. In diesem Wahlkampf fällt daher auch die Entscheidung darüber, ob die Hoffnungen der Arbeitslosen auf Arbeitsbeschaffung für immer zerschlagen sind, oder ob die Pläne der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verwirklicht werden sollen.

Herunter mit der Maske!

Die Nazis leben von der Vernebelung der Köpfe. Sie sind dunkle Gesellen, die nur im trüben fischen können. Wenn die Dinge klargelegt werden, sind sie bald mit ihrer Weisheit zu

Ende. Darum ist es unsere Aufgabe, immer wieder die Schleier von schwülstigen Phrasen zu zerreißen und die Nazis dem ganzen Volk als das zu zeigen, was sie von jeher waren, was sie heute sind und was sie für immer bleiben werden.

Das ist gar nicht schwer. Wir müssen nur Tag für Tag im Betrieb, vor den Arbeitsämtern, im Wirtshaus all denen, die noch immer das Heil vom Dritten Reich erwarten, ein paar Fragen vorlegen. Wir müssen sie fragen:

Wie kommt es, daß sich zu dieser Partei, die angeblich sozialistisch und eine Arbeiterpartei ist, gerade die Reichsten der Reichen, die Scharfmacher und Ausbeuter hingezogen fühlen?

Warum grüßt der Großkapitalist Thyssen den Führer dieser Arbeiterpartei mit dem Rufe „Heil Hitler“? Warum sendet diese Partei nur ganz wenige Arbeiter in die Parlamente? Warum vertraut sie die Vertretung von Arbeiterinteressen einer auserwählten Schar von Prinzen, Grafen, Baronen, Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Generälen an?

Warum schreibt der Völkische Beobachter am 22. August 1931:

„Der politische Führer Deutschlands soll den Tarifstaat zerschlagen?“

Warum rufen die Nationalsozialisten das Volk nicht auf zum Massensturm gegen die Hungernotverordnungen der Baronsregierung?

Warum nimmt diese Arbeiterpartei von Industriellen (Mutschmann) und Großagrariern (Feiherr von Butlar-Venedien) Geld?

Womit bezahlen die Hitler und Goebbels ihre Luxusautos?

Warum müssen sie in Zeiten solcher Not sich ausgerechnet die teuersten Automobile anschaffen?

Warum sieht man vor den Versammlungssälen der SPD. keine Luxusautomobile, warum sieht man sie in Mengen vor den Versammlungslokalen der Nazis?

Warum überfallen die SA-Banden immer nur Arbeiter? Wann ist die SA. jemals gegen



Legt die Axt an die Wurzel des Übels, zertrümmert das Hakenkreuz, jenes Symbol der Schande und der Sklaverei. Kämpft mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gegen den mordgierigen Faschismus. Millionenfach muß der Ruf durch deutsches Land gellen: Es lebe die Freiheit! Nieder mit dem Faschismus!

die Kapitalisten gegangen? Wovon bezahlt Hitler die Kasernen und das Essen für die SA.?

Wovon bezahlt er ihre Löhnung, ihre Uniformen?

Warum geben ihm die Kapitalisten Geld dafür?

Das, Gewerkschaftskollegen, Arbeitersportler und Freunde, fragt sie jeden Tag! Es wird nicht lange dauern und sie werden euch die Antwort schuldig bleiben.

Sie können auf diese Fragen nicht ehrlich antworten, denn sie sind eben die ausgehaltenen Kettenhunde des Großkapitals.

Arbeitsdienst mit Parademarsch

Der nationalsozialistische Bürgermeister Schwede von Coburg sprach am 4. Juli 1932 in einer Versammlung in Berlin (Bockbrauerei) über den von der Stadtratsmehrheit in Coburg eingerichteten freiwilligen Arbeitsdienst für Wohlfahrtserwerbslose. Seine Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als sie nicht irgendwelche Pläne schildern, sondern darüber berichten, was jetzt schon von den Nationalsozialisten geschaffen ist. Schwede erzählte u. a.:

„Wir wollen die Jugendlichen aber nicht nur arbeiten lassen, sondern sie auch an Zucht und Ordnung gewöhnen. Daher geht es mit militärischer Zucht und Ordnung zu. Gearbeitet wird in Trupps, wie überhaupt alles immer in geschlossenen Abteilungen ausgeführt wird. Urlaub wird auf Antrag gegeben, ausnahmsweise sogar bis zum Wecken. Urlaubsüberschreitung einmal: Verweis; zweimal: Entzug des Urlaubs auf bestimmte Zeit bzw. Verbot, ein gewisses Gebiet um das Lager herum zu überschreiten; dreimal: Entfernung aus dem Lager. Am Eingang zum Lager ist eine Wachstube, in der bei Rückkehr der Urlaubsschein abgegeben werden muß. Für die Stunde bekommt der Arbeitsdiensttuende 0,61 M, die aber nicht ausgezahlt werden, sondern nur täglich 0,30 M. Der Rest wird ihm auf ein Sparkassenbuch gutgeschrieben. Braucht er Kleidung, muß der Lagerführer einen Bedarfsschein nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung ausstellen, mit dem der Käufer in ein vertragsmäßig verpflichtetes Geschäft geht und gegen Abgabe des Scheines kauft. Die Firma hat den Schein mit Rechnung an die Stadtverwaltung einzureichen, worauf der Betrag von dem Sparkassenguthaben des Käufers abgebucht wird. Jüdische Geschäfte sind natürlich von der Belieferung ausgeschlossen. Für die Verpflegung wird täglich jedem Arbeiter 1,25 M abgezogen, so daß er etwa wöchentlich 6 bis 8 M gutgeschrieben erhält. Parade findet alle vier Wochen statt. Zu dem gemeinsamen Kirchgang, der alle 14 Tage stattfindet, wird ebenfalls geschlossen marschiert. Wir werden weiter so fortfahren, in der Gewißheit, daß vieles von dem, was wir bereits praktisch durchgeführt haben, in gesetzlicher Form bald allgemein eingeführt wird, dann aber nicht als freiwillige, sondern als allgemein verbindliche Arbeitsdienstpflicht.“

Eindeutiger kann die Militarisierung der Arbeiter bei den nationalsozialistischen Dienstpflichtplänen wohl nicht zum Ausdruck kommen.

Arbeitslose Nichtsteuer

Nach einem Bericht der bürgerlichen „Eisenacher Zeitung“ vom 18. Juni 1932 hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Katzmann in einer Mittelstandsversammlung in Eisenach u. a. erklärt:

„In der Siedlungspolitik geht der Nationalsozialismus andere Wege als der bisherige Staat, der sich mit der Besetzung der Randsiedlung durch arbeitslose Nichtsteuer Nester von Staatsfeinden heranzieht.“

„Arbeitslose Nichtsteuer“, so schimpft dieser Naziführer das Millionenheer der Arbeitslosen, denen die Nazi-Papen-Regierung weder Arbeit noch aus-

reichende Unterstützung sichert. „Arbeitslose Nichtsteuer“, so höhnt dieser Naziführer über die Randsiedler, die bei ihren Hungerunterstützungen täglich acht Stunden lang in glühender Sonne oder bei eisigem Wind schufteten, um sich eine kärgliche Existenz zu sichern. Und das sagt der Führer einer Partei, die ihre Abgeordneten zu einem großen Teil jener Schicht „arbeitsloser Nichtsteuer“ entnimmt, die wir leider in Deutschland wirklich haben und die sich aus Prinzen, pensionierten Generalen usw. zusammensetzt. Das sind die arbeitslosen Nichtsteuer, die obendrein noch die Frechheit besitzen, das Volk von dessen Hungergerochen sie leben, in so gemeiner und niederträchtiger Weise zu beschimpfen.

Aber die Geduld des Volkes ist zu Ende, es schließt sich zusammen in der Eisernen Front, deren Freiheitspfeile das Hakenkreuz zertrümmern werden. Arbeiter, am 31. Juli muß jeder Stimmzettel ein solcher Freiheitspfeil sein!

Verbrecher als Nazihelden

Am 22. Juni 1932 meldete der „Völkische Beobachter“ in großer Aufmachung aus Köln: „Pg. Wilhelm Hambückers von Kommunisten ermordet.“ Ob der tödliche Schuß, der den Hambückers traf, tatsächlich von Kommunisten abgegeben worden ist oder ob es nicht die Kugel eines nationalsozialistischen Revolvergeschützen war, steht noch nicht einwandfrei fest. Das interessiert uns hier auch

Goldene Naziworte!

„Ein Mißtrauen verdient Papen nicht!“
Nazisabgeordneter Studentkowsky in einer Naziversammlung im Café Flora in Bremen am 1. Juli 1932.

„Wenn man auf gegnerischer Seite sagt, es müsse mit dem Regiment Papen abgerechnet werden, so kümmert mich das nicht.“

Adolf Hitler auf dem Münchner Hitlertag am 3. Juli 1932.

„Eine allgemeine Wegsteuerung aller Einkommen über 1—2000 M kann die NSDAP. niemals gutheißen, da eine solche Besteuerung marxistischen Grundsätzen entspricht.“

Der „Angriff“ in Nr. 131 vom 23. Juni 1932.

„Der Nationalsozialismus wird auch größte industrielle Werke in Privatbesitz (wir denken hier an Krupp, Mannesmann, Thyssen usw.) keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufend ablehnen.“

Gottfr. Feder in „Der Deutsche Staat“ 7. Auflage Seite 22.

„Die Regierung Papen hat in ihrer programmatischen Erklärung einige deutliche Worte über den „Wohlfahrtsstaat“ gefunden, in den Deutschland durch die Sünden vergangener Regierungen verwandelt worden sei. Diese Feststellung darf zusammen mit der Ankündigung einer „Anpassung der Unterstützungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft“ als Auftakt eines Abbaus der sozialen Fürsorge angesehen werden. Es steht fest, daß die öffentliche Fürsorge Aufgabenmäßig und finanziell einen Umfang angenommen hat, der einfach nicht mehr tragbar ist. Die Regierung kann unserer Unterstützung sicher sein, wenn sie diesen Zustand beseitigt.“

„Hamburger Tageblatt“ Nr. 138 vom 14. Juni 1932.

„Wenn die Nationalsozialisten regieren, dann werden 20 000 Beamte sofort und ohne Pension entlassen.“

Nazisabgeordneter Münchmeyer in einer Rede am 18. November 1930.

„Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten. Die heutige Gesellschaftsordnung muß erhalten bleiben. Das Privateigentum an beweglichem und unbeweglichem Kapital bleibt erhalten. Die Nazis sprechen mit dem Arbeiter mit Hilfe der Faust. Diese Sprache versteht er am besten.“

Nazisabgeordneter Sauckel im Thüringer Landtags-Wahlkampf 1929, zitiert nach „Dresdner Volkszeitung“ vom 16. August 1930.

„Niemals darf in der Produktion und im Verbrauch sozialisiert werden.“

Gottfried Feder in Nr. 231 des „Westdeutschen Beobachter“ vom 28. Oktober 1931.

nicht weiter. Wichtiger ist die Frage: Wer war Wilhelm Hambückers? Diese Frage beantwortet die katholische „Kölnische Volkszeitung“ wie folgt:

„Hambückers ist insgesamt dreizehnmal vorbestraft, und zwar sechsmal wegen Körperverletzung, Mißhandlung, Hausfriedensbruchs, Bedrohung, Widerstand und Sachbeschädigung. Wegen Hehlerei erhielt er vier Monate Gefängnis, wegen fortgesetzter Grenzüberschreitung zwei Monate Gefängnis, ebenso wurde er wegen verbotener Einfuhr zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt. Wegen schwerer Körperverletzung erhielt er drei Jahre sechs Wochen Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, wegen Ausgabe falscher Banknoten drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Wegen der ersten Zuchthausstrafe konnte Hambückers nicht zum Kriegsdienst einberufen werden.“

Der Hambückers war also ein gemeiner Verbrecher. Das müssen auch die Führer der Nazi-Partei gewußt haben. Sie haben es auch gewußt, trotzdem sprach der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Schmeer aus Aachen am Grabe des Toten diesen Satz:

„In Wilhelm Hambückers verliert die deutsche Freiheitsbewegung einen ihrer besten Kämpfer.“

Hitler hat von seiner Gefolgschaft einmal gesagt, sie sei die „Partei der anständigen Leute“. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Denn Hambückers war keine Ausnahme, von Leuten seinesgleichen wimmelt es in der Nazibewegung.

„Keine Tarifverträge wie heute, sondern Existenzminimum. Streik wird nicht geduldet.“

Vortragsmaterial der Reichsführerschule der NSDAP. der SA-Führer (Dienstnummer 969/31).

„Erste Pflicht der nationalsozialistischen Arbeitgeber ist unbedingt die Ausschaltung der marxistischen Arbeitnehmer aus dem Produktionsprozeß.“

Nazisabgeordneter Triebel in „Freiheits-Kampf“ Nr. 275 vom 26. November 1931.

„Als oberste Wirtschaftsinstanz fungiert im Dritten Reich ein Reichswirtschaftsrat. Seine Aufgaben sind: Regelung der gesamten Lohn-, Gehalts- und Arbeitsfragen. Die Führung liegt hier beim Unternehmer.“

Dr. Wagener (Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP.) am 24. November 1931 in der „Neuen Welt“ in Berlin.

„Unser Sozialismus muß aus der Rassenkunde heraus verstanden werden, er ist nicht der Sozialismus des Arbeiters.“

Nazisabgeordneter Dr. Isadel am 16. November 1931 in einer Versammlung in Königsberg.

„Den Beamten wünsche ich, daß sie ihr Gehalt nicht in 2, sondern in 30 Raten im Monat bekommen.“

Nazisabgeordneter Dr. Oepelmann am 11. September 1931 im Kriegervereinshaus in Berlin.

„Für uns Nationalsozialisten ist der Streik kein Ausdruck einer Wirtschaftskampfführung.“

„Völkischer Beobachter“ vom 8. Januar 1931.

„Der Tarifvertrag ist nichts anderes als ein aus rücksichtslosester Ichsucht zweier an sich gleichberechtigter Kontrahenten entstandenes Produkt und somit ein tief beschämendes Armutszeugnis einer mit Volk und Vaterland nichts mehr gemeinhabenden geistigen Einstellung.“

„Volksparole“ Düsseldorf, Mai 1931.

„Konsumvereine, freie Gewerkschaften und Krankenkassen gibt es im Dritten Reich nicht mehr.“

Nazisabgeordneter Kube in Nr. 2 der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“ vom 3. Januar 1930.

Die Göttin des Dritten Reichs

Bei seiner letzten Rede in Darmstadt sagte Hitler: „Die Göttin der Not ist im Leben eines Volkes eine bessere Erzieherin als die Göttin des Glücks.“

Dabei hat Hitler sicher selbst an sich gedacht. Für seine Person hat er ja die soziale Frage gelöst. Aus der Not der Massen hat er tausende und aber tausende gezogen, um schließlich eine Pfründe als pensionsberechtigter Parteibuchregierungsrat zu ergattern.

Die Not der andern, ja die war sein Glück. Wenn er sich aber schon so gut auf Göttinnen versteht, so sollte er etwas von den Göttinnen der Freiheit und Gerechtigkeit gehört haben. Sie werden allerdings im Dritten Reich keinen Platz finden.

Arbeiter merkt euch das!

Vor der Wahl, ja da versprochen die Nazis ihren Wählern das Blaue vom Himmel. Der Hausbesitzer sollte höhere Einnahmen haben und gleichzeitig sollten die Mieten herabgesetzt werden. Die Preise sollten steigen und doch sollte es billiger werden. Was der Wähler hören wollte, das wurde ihm von den Nazis versprochen. So war es vor den Preußenwahlen, so tönt es auch jetzt wieder aus dem Munde der Naziredner. Und darum wollen wir uns merken, was eine der Nazizeitungen nach der Wahl geschrieben hat.

Vier Tage nach den Preußenwahlen, am 28. April 1932, schrieb das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“:

„Ein Volk, das durch einen Krieg bitter arm geworden ist, kann auch durch einen Regierungswechsel nicht von heute auf morgen wieder reich werden. Von Wohlbehagen und ähnlichen Dingen wird auch in den nächsten Jahren nicht die Rede sein können. Unser Kampf ging nicht und geht nicht um die wirtschaftliche Besserstellung einzelner Menschen oder einzelner Klassen. Daran soll jeder denken, wenn er in den nächsten Monaten seine Wünsche unerfüllt sehen muß.“

Also: die Nazis wissen keinen Ausweg und können uns nicht helfen. Ja, sie geben offen zu, daß sie es gar nicht wollen und daß die wirtschaftliche Besserstellung der notleidenden Schichten des Volkes ihnen schnurz und piepe ist. Daran sollte jeder denken, wenn in den kommenden Wochen die nationalsozialistischen Rattenfänger mit tönenden Versprechungen wieder auf den Stimmenfang ausgehen.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurden in Insterburg August Wauschkuhn (Verb.-Nr. 75395) und in Schkeuditz wegen Streikbruch Otto Brandt (38974) aus dem Verbandsausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Zahlstellenberichte

Elmshorn. Unsere am 21. Juni abgehaltene Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Einführung eines Verwaltungskostenbeitrages. Der Vorsitzende, Kamerad Druwe, führte aus, daß es dem Vorstände nicht leicht geworden ist, heute bei der großen Not mit dieser Angelegenheit an die Mitgliedschaft heranzutreten. Wollen wir aber unsern Verpflichtungen nachkommen und unsere Organisation intakt halten, dann ist es auch notwendig, daß wir Opfer bringen, und wo ein Wille, ist auch ein Können. Alsdann gab der Redner an Hand von statistischem Material ein Bild, wie sich im Laufe der Jahre in unserm Zentralverband die finanziellen Leistungen ausgewirkt haben. Die gesamten (Fortsetzung auf Seite 230.)

Der Feind soll sehn,
daß wir ihn schlagen.
Die Ehrenpflicht:
Drei Pfeile tragen!



UNTERHALTUNG & WISSEN



Marxistische Regierungsherrschaft seit 1918

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften werden für alles verantwortlich gemacht, was seit 1918 geschehen ist. Die Besucher nationalsozialistischer oder kommunistischer Versammlungen mußten zu der Ueberzeugung kommen, daß die Sozialdemokratie seit dem Novembersturz in den Reichs- und Länderregierungen unumschränkt geherrscht hat. Nehmen wir die Reichsregierung, so ergibt sich folgendes:

Von den seit 1919 am Ruder gewesenen Reichsregierungen war die Sozialdemokratie in zehn vertreten. In den 13 Jahren hat die SPD. nur 61½ Monate in Koalitionsregierungen mit den Bürgerlichen gesessen. Während dieser 61½ Monate hatten die Sozialdemokraten ganze 3½ Monate lang die Mehrheit. 58 Monate lang waren sie in der Minderheit.

In den 13 Jahren von 1919 bis 1932 wurde nahezu acht Jahre von einer bürgerlichen Regierung gegen die Sozialdemokratie regiert. Unter 228 seitdem amtierenden Ministern waren 53 Sozialdemokraten und 175 Bürgerliche, also dreimal so viel Bürgerliche als Sozialdemokraten! Trotz alledem und alledem beliebt man es, von marxistischer Regierungsherrschaft seit 1918 zu sprechen. Der Zweck ist ziemlich klar:

Für all die Unbill nach einem verlorenen Kriege, den ruinösen Ruhrkampf, die Schrecken der Inflation, die krisenverschärfenden Wirkungen der Deflation usw. soll die Arbeiterschaft bzw. ihre politische Vertretung verantwortlich gemacht werden. Gewiß hat die SPD. die Interessen der Arbeiterklasse mit Erfolg nachdrücklich verfochten, aber sie war stets in der Minderheit und an Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien gebunden. Es ist notwendig, den demagogischen Behauptungen von der 13jährigen „marxistischen Regierungsherrschaft“ nachdrücklichst entgegenzutreten.

Ferienwetter

Die Julisonne brennt vom Himmel. Die Stechfliegen sind wieder einmal toll an der Arbeit. Nervös und unlustig begegnen sich die Menschen. Sommerhitze und Alltagsorgen lasten auf allen und machen gereizt. Wie von kommendem Unheil brütet es in der Luft. Noch nicht erkennbare, aber dennoch unabwendliche Dinge sind im Anmarsch, denen die Menschen machtlos gegenüberstehen. Man fühlt das ganz einfach... Da steigen im Westen Wolken auf. Sturmwind reitet auf sandfarbenen Wolken heran. Staub, Papierfetzen und Sandkörner wirbeln in tollem Tanz ineinander. Pfeifend und brausend kommt das Wetter näher. In rasender Eile nähert sich eine drohende, gelbe, streifige Wand südostwärts. Prasselnd trommeln plötzlich große Schlossen herab. Die in Ueppigkeit stehende Flur läßt das unbarmherzige Unwetter ohnmächtig über sich ergehen. Wehrlos ist die Natur den entfesselten Gewalten preisgegeben. Grob schlägt die Faust ihr in das Antlitz. Geknickte Aeste, entwurzelte Bäume, abgerissene Blätter bezeichnen den Weg des tobenden Unwetters. Endlich läßt die Gewalt des Kampfes allmählich nach. Klatschend spritzen große Regentropfen an die Fensterscheiben, rinnen in Strömen nieder und verhüllen jede Aussicht. Der Regen wandelt sich langsam in sanftere Bahnen; gänzlich aufhören jedoch will es nicht. Es bleibt draußen alles grau in grau.

Die Feriengäste finden Zeit, ihre Briefe zu erledigen. Sind sogar ganz dankbar für den Regentag... Bloß darf der aber nicht länger als eben einen Tag

Denk daran,



junger Kamerad.

Die Nazis sind schlimmer als die ärgsten Scharfmacher

In den Arbeiterversammlungen gebärden sie sich als die sozialste und gerechteste Partei, die man sich überhaupt denken kann. Ihr wahres Gesicht aber enthüllen sie in den Reden, die ihre „Führer“ bei Zusammenkünften mit den Kapitalisten halten. Ihr Arbeiterideal ist der Sklave, der sich unter dem gespornten Stiefel des Junkers krümmt. Ihr Ziel ist die völlige Verelendung der deutschen Arbeiterschaft.

Unsere Aufgabe dagegen ist die Befreiung der Arbeiterschaft aus der Lohnsklaverei. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich in mehr als 60jährigem Kampf einen Grundstock von Rechten errungen. Gewerkschaften und SPD. standen dabei in vorderster Front. Das weiß jeder Arbeiter, und daran wird er auch am 31. Juli denken, an dem Tag, an dem die Entscheidung fällt über die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft, an dem Tag, an dem diese selbst mit ihrem Stimmzettel darüber entscheidet, ob sie ein Haufe getretener Sklaven oder ein Heer freier Arbeiter sein will.

dauern! Schon wird der Sommerwirt, der sich doch auf Wind und Wetter in seinem Waldwinkel verstehen muß, mit Fragen bestürmt, wann denn der „ewige Regen bald einmal aufhören wird?“ — Der Wirt macht ein diplomatisches Gesicht, stopft umständlich die Pfeife — pafft — zieht — pafft und bequemt sich zu der Ansicht, daß „... wenns und's bleibt asu bem ragna, es heut und monne wuhl nich groad sher schiene werda kennte, Bal 's oaber sich uufkloahrt, kenna wir oabersch schienste Summerwetter kriega!“ — So ungefähr nach der bekannten Bauernregel: Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt, wie es ist.

Mein Vorurteil gegen diese Zeit

Der Holzschnitt als Ausdrucksmittel einer sozialkritischen Kunst wurde neuerdings besonders von Frans Masereel zur Geltung gebracht. Keiner von den Künstlern, die ihm folgten, konnte an Qualität und Menge seiner Leistung mit ihm wetteifern. Karl Rössing, seit drei Jahren ein neuer Name in der politisch interessierten Kunst, denkt nicht daran, den Stil eines Frans Masereel nachzuahmen. Er unterscheidet sich von Masereel durch eine völlig andere Auffassung, durch eine ganz persönliche Technik und durch die Vermeidung dekorativer Zutaten, die Masereels Arbeiten oft erdrücken. Die Holzschnitte von Rössing sind in des Wortes bester Bedeutung populäre Kunst. Jeder versteht sie, jeder findet sich sofort in sie hinein. Sie geben inhaltlich und formell keine Rätsel auf. Dabei vermei-

den sie plumpe Unterstreichungen und imponieren gerade durch eine ihnen inwohnende Unparteilichkeit. Die Wucht ihres Angriffs wird dadurch gesteigert, daß der Künstler die von ihm verfolgte Absicht nicht plakativ voransetzt. Rössing wirkt gerade durch sein naives Erstaunen den Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens gegenüber. Aus allen seinen Bildern spricht der Mensch, der sich sein Urteil bewahrt hat, so sehr Parteien und Traditionen und Vertreter der gottgewollten Ordnung auf ihn einreden. Nicht zufällig nennt er sein Buch, das jetzt bei der Büchergilde Gutenberg erschienen ist: „Mein Vorurteil gegen diese Zeit.“

Es sind 100 Holzschnitte, die in Originalgröße und von Galvanoplastiken, nach dem Originalholzstock hergestellt, zu einem Buch, in Leinen 2,70 M., zusammengefaßt wurden. Diese 100 Holzschnitte sind in den letzten drei Jahren entstanden und zeigen, wie Karl Rössing an der Vollendung seiner Ausdrucksmittel gearbeitet hat. Die Holzschnitte sind mit größter Sorgfalt und doch mit künstlerischer Freiheit geschnitten. Das, was Rössing sagen will, spricht den Betrachter mit entschiedener Klarheit an, und dabei ist jeder Quadratcentimeter dieser Holzschnitte graphisch interessant. Der Griffel Rössings kann Schattierungen von größter Weichheit hervorbringen, er kann aber auch mit strengen Kontrasten arbeiten und das Spiel der Flächen zu einem dramatischen Konflikt werden lassen.

In ihrer Gesamtheit ergeben diese 100 Holzschnitte ein Spiegelbild unserer Zeit. Kein verzerrtes Spiegelbild, so sehr

diese Darstellungen oft auch einem Reigen toller Ausgeburten einer infernalischen Phantasie gleichen mögen. Die Wirklichkeit ist so, sagt Rössing, wir brauchen nur scharf hinzusehen. Diese Holzschnitte haben die Absicht, die Dinge, die so toll aussehen, zu ändern und zu ordnen. Dieser Wille war der Anstoß, eine solche Serie von 100 Holzschnitten zu schaffen und zusammenzustellen. Durch die Kunst Rössings setzt er sich beim Betrachter wieder in soziale Leidenschaft um. Die Büchergilde Gutenberg hat mit diesem neuen Buch etwas ganz Neues geschaffen.

So ist das australische Heim

Das Heim im Busch

Ich war auf großen Schlafstationen, war bei Farmern, die 20 000 und 30 000 Kühe ihr eigen nennen: und die Hausfrau stand hinter dem Herd, und der Mann hackte das Feuerholz. Wenn in solchen Häusern keine Dienstmoten sind, so erst recht nicht im Heim des mittleren und kleinen Siedlers.

Der australische Mensch will in der Stadt leben, und keine Hausangestellte würde freiwillig in die „Wildnis“ gehen, viele Meilen ab von der nächsten Township (Ortschaft) und 18 bis 35 Stunden Eisenbahnfahrt bis zur Großstadt. So ist die Familie im Busch, selbst wenn sie es sich leisten kann, durchaus ganz auf sich selbst angewiesen (sie ist schon glücklich, wenn sie genügend Farmarbeiter bekommt), und die Kleinen helfen schon tapfer mit bei den kleinen täglichen Arbeiten. Das Buschkind, es bekommt seine Schulerziehung wie das Großstadtkind; und wo die Siedlungen allzu weit auseinanderliegen (die Kleinen kommen auf einem Pony oder mehrere zusammen im Auto zur Schule), haben sie nur halbwöchigen Unterricht, da der Lehrer die restlichen drei Tage in einem andern Bezirk lehrt.

Diese Familien, isoliert von der Außenwelt, haben nichts als ihre Arbeit, ihr Heim und Sonntags die Kirche. Obwohl sie oft viele Meilen entfernt ist, würde kein Buschmann den Gottesdienst versäumen; die öffentliche Moral wacht sehr streng, und einer weiß genau das Leben des andern, trotz der oft gewaltigen Entfernungen zwischen den einzelnen Siedlungen.

Es scheint ein seltsamer Widerspruch, daß diese Menschen ihr Heim nicht gemütlich ausstatten. Man findet, selbst auf großen Stationen bei wohlhabenden Leuten, eine Dürftigkeit an Möbeln und einen Mangel an Bequemlichkeit, die dem Europäer immer fremd bleiben werden. Nicht die Möglichkeit, rasch vom Land weg in die Stadt zu ziehen, scheint mir das Entscheidende, sondern die Ueberlieferung der früheren Siedler, der noch immer lebendige Pioniergeist, der sich selbst da mit dem Notwendigsten begnügt, wo er ein Mehr haben könnte.

Kurt Offenburg.

Trotz Krise Zunahme der Rundfunkteilnehmer

Am 1. April 1932 waren in Deutschland 4 168 440 Rundfunkteilnehmer angemeldet. Darunter befanden sich 356 837 Arbeitslose, Blinde, Schwerkriegsbeschädigte usw., die keine Gebühren zu zahlen hatten. Seit dem 1. Januar ist eine Zunahme um 187 488 Hörer zu verzeichnen. Davon sind 114 611 gebührenpflichtig und 72 877 gebührenfrei. Obige Angaben lassen deutlich erkennen, daß der Rundfunk selbst in der schärfsten Wirtschaftskrise über eine günstige Entwicklung zu berichten vermag. Im öffentlichen Leben ist jedenfalls das Radio nicht mehr wegzudenken. Die deutsche Hörerzahl wird in Europa nur noch von Großbritannien übertroffen, wo Ende April 1932 4 686 791 Hörer gezählt wurden.

Einnahmen des Verbandes seit seiner Gründung 1883 bis 1931 betragen 74 727 894 M., die Gesamtausgabe betrug 69 566 870 M. An Streik- und Erwerbslosenunterstützung wurden während dieser Zeit 31 012 230 M. gezahlt. An Gemäßregelungenunterstützung für ehrenamtliche Verbandsfunktionäre 253 510 M. Die Verbandsinvalidenunterstützung, die im Juli 1929 erstmalig eingeführt wurde — sie soll den langjährigen Mitgliedern, die durch Alter und Invalidität berufsunfähig werden, eine wirtschaftliche Beihilfe sein — hat pro Monat 20 300 M. und insgesamt bis Ende 1931 449 550 M. gekostet. Bis heute hat der Verband alle Anstürme kräftig abweisen können. Dieses wissen auch unsere Kameraden zu schätzen, über die Hälfte aller Verbandskameraden zahlt heute einen Verwaltungskostenbeitrag. Hierauf wurde nach kurzer Aussprache — in der sich alle Redner, bis auf einen, für die Notwendigkeit der Einführung eines Verwaltungskostenbeitrages ausgesprochen hatten — der Antrag des Vorstandes, 10 % pro Woche zu erheben, angenommen.

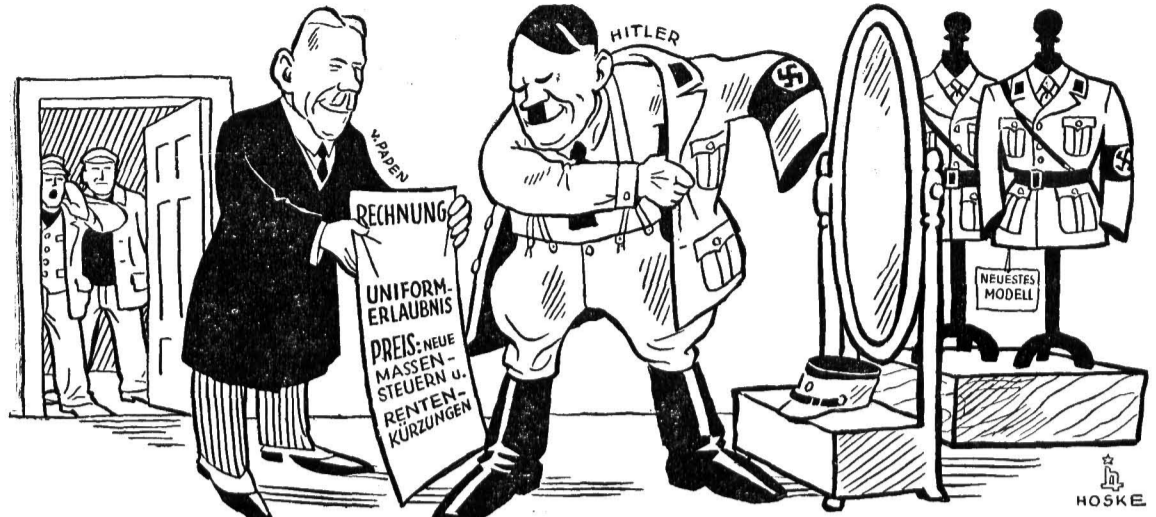
Trebnitz, Schl. Am 1. Juli fand für unser Zahlstellengebiet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Versammlung beschäftigte sich besonders mit zwei Punkten. 1. Lohngestaltung ohne Tarifvertrag und 2. wie lassen sich die erforderlichen Geldmittel beschaffen, um die Zahlstelle verwalten zu können? Im ersten Punkt wies Gauleiter Kamerad Schmidt darauf hin, daß, wenn der bestehende Lohn nicht im Tarifvertrag geregelt wäre, die schlimmsten Zustände eintreten würden, denn die Unternehmer würden die schlechte Arbeitsgelegenheit sehr zu ihren Gunsten ausnutzen. So zum Beispiel zahlt ein Unternehmer aus der Gegend bei umfangreichen Siedlungsarbeiten nur 50 % Stundenlohn. Der Tariflohn beträgt 59 %. Die Kameraden dort sind unorganisiert. Der Unternehmer steckt von dem einzelnen Zimmergesellen die Woche 4,32 M. verdienten Lohn in seine Tasche. Bei 30 beschäftigten Gesellen sind es bei sechswöchiger Arbeitsdauer schon 777,60 M., wo unsere Kameraden buchstäblich um ihren Lohn betrogen werden. Die Versammlung sprach über die Skrupellosigkeit eines solchen Unternehmers größtes Bedauern aus, stellte aber auch fest, daß diese Zimmerer ihr Unorganisiertsein teuer bezahlen müssen. Es wurde bekanntgegeben, daß der Tarifvertrag jetzt für allgemeinverbindlich erklärt worden ist, so daß alle Restlöhne eingeklagt werden können. Im zweiten Punkt berichtete Kamerad Kube, daß die letzte Versammlung es abgelehnt hat, den Verwaltungsbeitrag von 5 auf 10 % zu erhöhen. Der Vorstand hätte dieserhalb sein Amt niedergelegt. Nach langer aber sachlicher Debatte wurde mit Mehrheit beschlossen, den wöchentlichen Verwaltungsbeitrag ab 1. Juli von 5 auf 10 % zu erhöhen. Nach diesem Resultat gab der Gauleiter die Erklärung ab im Interesse der Zahlstelle Trebnitz zu tun, was irgend möglich ist. In Verbandsangelegenheiten wurde von einer Neuwahl des Vorstandes darum abgesehen, weil durch den Beschluß, den Verwaltungsbeitrag zu erhöhen, die Einwände des Vorstandes als erledigt zu betrachten waren. Nachdem der Vorsitzende noch auf den Festtag der Sportler hingewiesen hatte, fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Baugewerbliches

Haben wir zuviel gebaut?

Mag sein, daß mit neuen Kinopalästen und luxuriösen Gaststätten des guten zu viel getan worden ist. Mag sein, daß die Errichtung manches riesigen Bürohauses oder Mammutwarenhouses keinem allzu dringenden Bedürfnis entsprochen hat. Was aber noch immer fehlt, sind Wohnungen. Wohnungen vor allem für die in den zerfallenden Sanierungsvierteln der Städte hausenden Proletarier, Wohnungen auch für jene ärmsten Schichten des Volkes, die am Rande der Städte auf Schutt und Unrat sich ihren jämmerlichen

SA.-Uniformen auf Kosten des schaffenden Volkes



Hitler: „Mit der Rechnung bin ich einverstanden. Bezahlen muß sie die Arbeiterklasse“
Die Arbeiterklasse: „Die Quittung erhaltet ihr von uns am 31. Juli, dem Tag der Abrechnung“

Unterschlupf selbst gebaut haben und in nächster Nähe der Kulturzentren das Leben von Halbwilden führen.

Nicht eher kann von einer Sättigung des Wohnungsbedarfes die Rede sein, bis diese an die grauesten Zeiten der Menschheitsgeschichte erinnernden Reste menschlichen Elends beseitigt sind.

Der Wohnungsneubau ist durch Notverordnungen bis auf weiteres tot verordnet worden. Die Brüning-Regierung hatte in diesem Punkte wirtschaftsparteilichen Interessen reichliche Zugeständnisse gemacht. Dabei hat die Behauptung von den leerstehenden Neubauwohnungen erheblich mitgesprochen. Einer der größten deutschen Revisionsverbände berichtet für 1932, daß bei 41 620 Wohnungen 2,17 % leerstehende Wohnungen festgestellt wurden. Eine ähnlich geringfügige Spanne dürfte auch in Zeiten schwersten Wohnungsmangels vorhanden sein. Der Bau von kleinen, gesunden Wohnungen ist heute so notwendig wie je. Auf die Wege zu einer vernünftigen Finanzierung und Mietpreisbildung ist hier wiederholt hingewiesen worden. Die Ausschaltung der Profiteure für Bauspekulanten, das heißt die gemeinnützige Erstellung der Wohnungs- und Siedlungsbauten, ist zur Sicherung vor Ausbeutung und neuem Wohnungselend selbstverständliche Voraussetzung. Die gemeinnützigen Baugenossenschaften und -gesellschaften haben ihre Aufgabe, zu reichende Kleinwohnungen für die erwerbstätigen Schichten zu bauen, unter großen Opfern konsequent durchgeführt.

In der freigewerkschaftlichen Fachzeitschrift für soziale Bau- und Wohnungswirtschaft Bauen — Siedeln — Wohnen (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin), die seit dem 1. Juli dieses Jahres die beiden gewerkschaftlichen Fachorgane Soziale Bauwirtschaft und Wohnungswirtschaft zu einem Gemeinschaftsorgan vereinigt, finden wir eine sehr aufschlußreiche Gegenüberstellung der alten, auf die dringendsten Bedürfnisse der Menschen keine Rücksicht nehmenden Wohnweise und der modernen Siedlungsbauten freigewerkschaftlicher Wohnungsfürsorgegesellschaften. In zahlreichen Abbildungen wird gezeigt, welcher ungeheure Wandel der Lebenshaltung sich in den letzten 50 Jahren des allgemeinen Kulturfortschritts und des sozialen Aufstiegs der Arbeiterklasse vollzogen hat. Diese allgemeine Entwicklung konnte freilich nicht verhindern, daß auf den Kehrichthalden weit draußen vor den Städten sich Menschen ansiedeln, die sich aus den Abfällen der Stadt „Wohnungen“ bauen. Auch von dieser dunkel-

sten Seite unserer Weltordnung finden wir in „Bauen — Siedeln — Wohnen“ erschütternde Beispiele in Wort und Bild. Um so erfreulicher wirken in diesem Zusammenhang die imposanten Leistungen der gemeinnützigen Baugenossenschaften und -gesellschaften.

Wir freuen uns der Tatsache, daß die freien Gewerkschaften durch ihre Wirtschaftsunternehmungen (die sozialen Baubetriebe sind an der Erstellung der modernen Siedlungsbauten in großem Umfange beteiligt) an der Gestaltung von Zehntausenden neuer, menschenwürdiger Wohnungen einen führenden Anteil haben. Bauen — Siedeln — Wohnen unterstreicht nachdrücklich die Tatsache, daß nur eine vom Staat geleitete Planwirtschaft den Weg aus der Krise findet und die Beschaffung gesunder Wohnungen auch für die kleinsten Einkommen nur durch planvolle Bewirtschaftung des Bau- und Wohnungsmarktes sichergestellt werden kann. Alle politischen und gewerkschaftlichen Funktionen, die sich über Fragen des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens unterrichten wollen, werden auf diese lesenswerte Zeitschrift hingewiesen.

Aus der Monopol-Mißwirtschaft in der Baustoffindustrie

Eine Reihe von Baustoffindustrien sind in Syndikaten und Kartellen zum Zwecke der besseren Ausnutzung ihrer Wirtschaftsinteressen zusammengeschlossen. Diese Wirtschaftsformen des Hochkapitalismus bestimmen dann die Preise und die Produktion sowie die Verteilung der Quoten auf die einzelnen dem Verbands angeschlossenen Unternehmungen. Sehr ausgeprägt ist die Syndikatsbildung in der Zementindustrie. Nur ganz wenige Werke, die Zement produzieren, gelten heute noch als Außenseiter. Gegen diese wird von den Monopolverbänden der schärfste Kampf geführt. Mit welchen — vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet — verbrecherischen Mitteln z. B. der Westdeutsche Zementverband gegen Außenseiter kämpft, soll kurz in nachstehendem Fall dargelegt werden.

Das außerhalb des Westdeutschen Zementverbandes stehende Zementwerk „Atlas“ in Paderborn war in wenigen Jahren bis zum Jahre 1930 zu einem der größten und modernsten Außenseiterwerke emporgeblüht. Das Werk war bekannt und beliebt bei der Abnehmer-schaft, weil es nicht nur guten Qualitätszement, sondern auch billiger als die Werke des Verbandes lieferte. Aus diesem Grunde setzte es sich der Westdeutsche Zementverband zum Ziel, dieses Werk, koste es, was es wolle, zu ver-

nichten. Nachdem alle üblichen Kampfmaßnahmen nicht zu dem gewünschten Ziel geführt hatten, dem Werk den Absatzmarkt zu entziehen, versuchte man, den Geldbörsen der Gesellschafter des Werkes und der Stadt Paderborn mit allen möglichen Raffinessen beizukommen, um die Herrschaft von der Geldseite her über das Werk zu erlangen. Von den beiden Gesellschaftern wurde einer mit 1 800 000 M., der andere mit 1 200 000 M. dafür abgefunden, daß das Werk vom Verband übernommen und stillgelegt wurde. Einer der beiden Gesellschafter hat die Anlage des stillgelegten Werkes zu bewachen und erhält dafür lebenslanglich jährlich 24 000 Mark Gehalt. Auf diese Weise ist es dem Zementverband gelungen, dieses leistungsfähige Unternehmen kaputt zu machen.

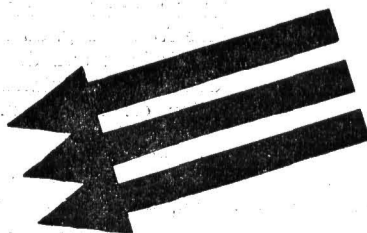
Um in dem Wirtschaftsbezirk Paderborn mit der reichen Rohstoffbasis das Entstehen jedes neuen Zementwerkes für die nächsten zehn Jahre sicher zu unterbinden, schloß der Westdeutsche Zementverband mit der Stadt einen Vertrag, wonach der Verband Rohstoffgelände zum Gesamtpreise von rund 700 000 M. übernahm und der Stadt bis zum Jahre 1937 jährlich die runde Summe von 110 000 M. zu zahlen hat für die Verpflichtung, innerhalb dieser Zeit kein Zementwerk zuzulassen. Dieses rücksichtslose Vorgehen monopolistischer Unternehmungen, das ausschließlich auf Kosten der Allgemeinheit sich abspielt, beweist, wie notwendig es ist, einen staatlichen Machtapparat zu besitzen, der die Interessen der gesamten Volkswirtschaft vertritt. Die Regierung Papen, die selbst hochkapitalistische Tendenzen verfolgt, wird gegen diese Auswüchse bestimmt nichts unternehmen.

Gewerkschaftliches

Sechzig Jahre Lederarbeiter-Verband

Der Deutsche Lederarbeiter-Verband feiert am 2. August d. J. sein 60jähriges Gründungsjubiläum. Der Lederarbeiterverband ist aus der Verschmelzung von drei Verbänden hervorgegangen. Am 1. Juni 1893 trat der Zentralverein der Gerber und Lederzurichter zum Lederarbeiterverband über und am 1. Juli 1909 verschmolz sich der im Jahre 1869 gegründete Handschuhmacherverband mit dem Lederarbeiterverband. Von dem Kollegen Mahler, dem Vorsitzenden des Lederarbeiterverbandes, ist zum Jubiläum des Verbandes und gleichzeitig für den im August stattfindenden 20. Verbandstag eine kleine, hübsche Broschüre herausgegeben worden. Dadurch wird textlich, durch Tabellen und Diagramme ein konzentrierte Uebersicht über die Gründung, Fortentwicklung und Tätigkeit des Lederarbeiterverbandes gegeben. Das Buch soll, wie der Verfasser bemerkt, keine Verbandsgeschichte sein, sondern ein Erinnerungsbuch für die alten Mitglieder und ein Ansporn für die jungen Mitglieder. Die textlichen und bildlichen Darlegungen zeigen, wie auch der Lederarbeiterverband aus kleinsten Anfängen sich zu einer Kampf- und Schutzorganisation der Leder-

Der „Zimmerer“ muß der gewerkschaftlichen und politischen Aufklärung dienen. Im Ringen um die Freiheit soll das Verbandsorgan Schwert und Flamme sein. Kameraden, sorgt für gewissenhafte Verbreitung der Verbandszeitung und gebt gelesene Nummern in die Hände der Indifferenten.



arbeiter und Handschuhmacher emporgearbeitet hat. Wir wünschen dem Lederarbeiterverband auch für die kommende Zeit eine stete Aufwärtsentwicklung zum Wohle seiner Mitglieder und der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Genossenschaftsbewegung

Die Volksfürsorge krisenfest und erfolgreich!

Der Optimismus, mit dem wir sonst immer den Geschäftsabschlüssen der Arbeiterunternehmungen entgegenzusehen, war in diesem Jahre gedämpft. Die schweren Krisenzeiten sind dazu angetan, unsere Erwartungen erheblich herabzuschrauben. Trotzdem stehen wir aber pessimistischen Gedankengängen fern, weil uns langjährige Erfahrungen lehren, daß die gemeinwirtschaftlich organisierten und nach solchen Grundsätzen geführten Arbeiterunternehmungen noch immer den privatwirtschaftlich geführten Wirtschaftsbetrieben überlegen waren.

Aus vorläufigen Berichten der Volksfürsorge war schon ersichtlich, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen trotz allem dem Ansturm der Krise gewachsen war und seinen Aufstieg, wenn auch stark gehemmt, fortsetzen konnte.

Nach der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge stieg von rund 2 185 000 Versicherungen Ende 1930 auf 2 261 000 Ende 1931. Durch Einnahme aus Prämien und Kapitalerträgen in Höhe von 63 Millionen Mark stieg das Vermögen auf rund 180 Millionen Mark, wovon — das soll ausdrücklich betont werden — rund 161 Millionen Mark Prämienreserve und aufgezinste Gewinnanteile Eigentum der Versicherten sind.

Besonderes Interesse beansprucht wieder die von der Generalversammlung beschlossene Verteilung des Ueberschusses. Nach Abzug der gesetzlich vorgeschriebenen und sonstigen Reserven und 50 000 Mark für Verzinsung des 2½ Millionen Mark betragenden Aktienkapitals (die Aktien sind nur im Besitz der Gewerkschaften und Genossenschaften) werden die sonstigen Erübrigungen in Höhe von 11 230 000 Mark den Versicherten als Gewinnanteile gutgeschrieben. Dadurch ist es auch in diesem Jahre möglich, den Versicherten der Volksabteilung 30 % und den Versicherten der Lebensabteilung 35 % der gewinnberechtigten Jahresprämie als Gewinnanteile zu überweisen. Diese Zahlen brauchen wohl nicht kommentiert zu werden.

Die Generalversammlung gab auch Gelegenheit auf Vorwürfe einzugehen, die in der Öffentlichkeit gegen die Volksfürsorge erhoben worden sind. Sie waren meistens inszeniert von politischen Gegnern unseres Arbeiterunternehmens und hatten die Lage der Volksfürsorge und die von ihr ausgezahlten Rückkaufsummen zum Gegenstand. Es liegen bei der Volksfürsorge unzählige Beweise über verleumderische Behauptungen vor, so u. a. Auslassungen, die von einem kommenden Zusammenbruch der Volksfürsorge, von geplantem Verbot unseres Unternehmens, von finanziellen Verlusten bei der Kapitalanlage und von Verlusten der Versicherten sprechen. Demgegenüber konnte der Berichterstatter in der Generalversammlung auf den Geschäftsbericht verweisen, der alle diese Gerüchte ad absurdum führt.

Bei der organisierten Arbeiterschaft haben die Vorwürfe unserer Gegner keine Resonanz gefunden; aber die Wirkung auf die unaufgeklärten Bevölkerungsschichten kann geeignet sein, den Vertrauensleuten der Volksfürsorge die Werbearbeit zu erschweren.

Im Gesellschaftsvertrag der Volksfürsorge wurden durch Beschluß der Generalversammlung verschiedene Änderungen vorgenommen, die sich auf Grund der Aenderung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen notwendig machten. Am Charakter des Unternehmens ändern selbstverständlich diese Neuerungen nichts. — Von der Generalversammlung wurde auch der ge-

samte Aufsichtsrat neu gewählt. Als Gewerkschaftsvertreter gehören ihm an: Theodor Leipart, Dr. Ernst Bachem, Ernst Schulze, Karl Thiemig und Otto Wels. Als Vertreter der im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften: Gustav Borgner, Otto Borgner, W. Fischer, Vollrath Klepzig und Ernst Markus.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Generalversammlung beweisen wieder die Leistungsfähigkeit der Volksfürsorge und den von ihr beachteten Grundsatz, vornehmlich die Interessen der Versicherten zu vertreten.

Sozialpolitisches

Ein halbes Jahr Krümpersystem

Die Einführung des Krümpersystems ist eine Maßnahme, die aus der Not der Zeit geboren wurde. Nur zögernd ist man zur Einführung desselben geschritten. Im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 16 wird eine Uebersicht über die bisherige Entwicklung des Krümpersystems gegeben. Nach dem Stande vom 15. Mai 1932 ergibt sich, daß die Landesarbeitsämter 113 Anträge zugelassen und 6 Anträge abgelehnt haben. Die größte Anzahl von Anordnungen bezüglich des Krümpersystems entfällt auf das Landesarbeitsamt Sachsen mit 40. Es folgen Südwestdeutschland mit 15, Westfalen mit 14 und Mitteldeutschland mit 9 Anordnungen. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bezirke. Nach der Art der Unternehmungen ist am stärksten die Textilindustrie mit 22 Betrieben vertreten. Es folgen das Metallgewerbe mit 17, die Konsumvereine mit 15, Staats- und Gemeindebetriebe mit 12, das Verkehrsgewerbe mit 11 und der Bergbau mit 8 Betrieben. Die beteiligten Betriebe zählen insgesamt 47 500 Arbeitnehmer, von denen 32 000 vom Krümpersystem erfaßt werden. Der Wechsel in der Belegschaft erfolgt in 68 Fällen monatlich, in 25 Fällen halbmonatlich, in

13 Fällen wöchentlich, in 6 Fällen alle drei Wochen und in einem Falle alle fünf Wochen. — Die Zahl der vom Krümpersystem erfaßten Arbeiter und Angestellten zeigt, daß dieses System eine große Ausdehnung noch nicht genommen hat. Zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Einführung des Krümpersystems wenig geführt. Nur in 8 Fällen wurden insgesamt rund 1600 Arbeiter als Ersatz für die Aussetzer neu eingestellt. In den allermeisten Fällen erfolgt die Einführung des Krümpersystems mit Rücksicht auf sonst unvermeidliche Entlassungsmaßnahmen. Die halbjährliche Uebersicht über die Entwicklung des Krümpersystems läßt noch kein vollständiges Urteil zu. Man muß den weiteren Verlauf abwarten.

Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit

In der Gewerkschaftsbewegung war es selbstverständlich, bei Neueinstellungen und Entlassungen auf besonderen Schutz der Verheirateten zu sehen, Verheiratete mit Kindern genossen besondere Vorzüge. Das ist auch heute so. Mit Recht! Stehen aber nicht heute hinter den Verheirateten die Scharen der Jugend, die ausgelernt haben und die nie richtig an das Arbeiten kamen? Liegt diese Jugend nicht ihren Eltern auf der Tasche, jahraus, jahrein? Verliert sie nicht ihre Berufskennntnisse? Wird sie nicht der Ordnung entwöhnt? Als die Soldaten aus dem Krieg kamen, fanden die alten von ihnen einen ruhenden Pol, ihre Familie, ihren Beruf; die jungen Kriegsteilnehmer waren aber enturzelt. Sie hatten Mühe, in die Ordnung der Arbeit und in das Leben wieder hineinzukommen. Hat die Nachkriegsjugend jetzt schon die Möglichkeit gehabt, mit der Arbeit und dem Leben zu verwachsen? Wird die Jugend nicht in einem wirtschaftlichen Krieg groß? Lebt sie nicht von der Hand in den Mund, von Tag zu Tag, ohne Ziel, ohne Aussicht auf Besserung? Wächst sie

nicht dem Radikalismus und der Romantik in die Arme? Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit! Auch junge Menschen sind heute teilweise Erhalter der Familie! Auch junge Menschen brauchen Arbeit, um einen Halt im Leben zu gewinnen und Ausgangspunkte für ihr Denken und ihr Handeln zu bekommen. Wenn also Neueinstellungen oder Entlassungen vorgenommen werden, dürfen nicht nur Alter und Verheiratetsein als soziale Maßstäbe gelten. Die heutige Krisenzeit erfordert besondere Maßstäbe, auch bei der Behandlung der Jugend. Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit! Legt der Zeit entsprechende wahrhaft soziale Maßstäbe bei Neueinstellungen und Entlassungen an.

Wirtschaftspolitisches

Woher kommt das Geld für die neue Uniform?

Die Bürgerkriegsarmee der Nazis ist nach ausländischem Vorbild neu eingekleidet worden. Man schätzt die Kosten der gesamten Ausrüstung je Mann auf mindestens 150 M. Bei der Annahme, daß die SA-Armee 100 000 Mann stark sei, hätten für die neue Uniform etwa 15 Millionen Mark aufgewandt werden müssen. Die Nazis geben an, daß die SA- und SS-Formationen insgesamt 400 000 Mann stark seien. Stimmt das, so würde deren Einkleidung den riesenhaften Betrag von 60 Millionen Mark erfordern.

Wie dem auch sei, riesige Millionenbeträge werden flüssig gemacht in einer Zeit, wo das arbeitende Volk Deutschlands eine reine Hungerkur durchmachen muß.

Daneben ist die Frage berechtigt: Von wem stammt das Geld für diese Uniform? Es ist anzunehmen, daß das Großkapital und die Großgrundbesitzer dafür riesige Beträge aufgebracht haben. Ob die Summe vollständig aufgebracht wurde, steht dahin. Verdächtig ist aber, daß die Nazis den größten Eifer für die Schaffung der Arbeitsdienstpflicht an den Tag legen. Hier hoffen sie, ihre SA-Männer als Antreiber und Vorgesetzte unterbringen zu können. Gelänge dieser Schachzug oder würden sie erreichen, daß sie alleinige Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes sind, so würde die Allgemeinheit das Geld für die neue Uniformen aufbringen müssen. Diese Spekulation gründlich zu vereiteln, ist Aufgabe jedes Gegners der Bürgerkriegsarmee.

Die kritische Lage am Arbeitsmarkt

Die zahlenmäßige Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes zeigt in der zweiten Junihälfte ein günstigeres Bild als in der ersten Hälfte des Monats. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit betrug 93 000. Am 30. Juni waren 5 476 000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit hat sich die Arbeitslosenzahl um 653 000 vermindert. Trotz der Besserung auf dem Arbeitsmarkt kann auf eine Erholung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nicht geschlossen werden. Nach wie vor sieht es auf dem deutschen Arbeitsmarkt sehr traurig aus. Es hat nicht den Anschein, daß die Konjunktur sich noch merklich bessert und die Arbeitslosigkeit nennenswert abnimmt.

Arbeiterversicherung

Die Folgen einer Finger-Verletzung

Der Bergmann H. erlitt eine Quetschung der rechten Hand, als diese von einem herabfallenden Kohlenstück getroffen wurde. Er klagte zwar sofort über heftige Schmerzen, legte aber sonst der Verletzung keine erhebliche Bedeutung bei, so daß er am Unfalltage und auch am Tage darauf noch weiter arbeitete. Am dritten Tage nahm er seine Beschäftigung nicht mehr auf, weil sich eine schwere Zellgewebsentzündung eingestellt hatte. Diese Entzündung veranlaßte sechs Tage

Freiheit ist die Parole der Arbeiterklasse!



Kameraden! Wir kämpfen für Freiheit, Menschenwürde und um eine bessere Zukunft. In diesem Kampfe darf kein Zimmerer abseits stehen. Am 31. Juli muß mit den politischen Wegelagerern vom Hakenkreuz abgerechnet werden.

Wählt sozialdemokratisch!

nach dem Unfall den Knappschaftsarzt zur Vornahme von zwei Einschnitten. Am selben Tage machte der Verletzte durch Erhängen seinem Leben ein Ende. Die Witwe erhob Entschädigungsansprüche. Die Beweisaufnahme ergab, daß es sich bei dem Bergmann um einen ruhigen, energischen, wortkargen Mann handelte, bei dem eine abnorme psychische Veranlagung nicht vorgelegen hatte. Die vernommenen Zeugen sagten aus, daß H. nach der Verletzung an großen Schmerzen gelitten habe. Die gehörten Aerzte lehnten übereinstimmend den Freitod als Unfallfolge ab, und die Berufsgenossenschaft sowohl als auch das Oberversicherungsamt wiesen die Klägerin mit ihren Ansprüchen ab. Im Rekursverfahren holte das Reichsversicherungsamt ein Gutachten eines Gerichtssachverständigen ein. Dieser wandte sich in seinem Gutachten gegen die Auffassung des Oberversicherungsamts, wonach eine geistige Unzurechnungsfähigkeit deshalb nicht angenommen werden könne, weil aus den Zeugenaussagen hervorgehe, daß der Verunglückte noch kurz vor seinem Tode durch die mit den Zeugen gepflogene Unterhaltung seine geistige Zurechnungsfähigkeit erwiesen habe. Demgegenüber hob der Gutachter hervor, es wisse jeder Irrenarzt, daß ein notorisch geisteskranker Patient, sei es ein Paralytiker, mit dem man noch ganz klar sprechen kann, oder ein Melancholiker, der sich sehr wohl noch mit dem Arzt und dem Pflegepersonal über alle erdenklichen Dinge in absolut einwandfreier Weise unterhalten kann, nicht selten in den nächsten Minuten durch Selbstmord und dann unzweifelhaft in einem Zustand einer ihre freie Willensbestimmung ausschließenden Geistesstörung, seinem Leben ein Ende macht. Es seien, so sagt der Gutachter weiter, gerade die Melancholiker und die Hypochonder in dieser Beziehung ganz besonders gefürchtet, weil diese es meisterhaft verstehen, den Arzt und die Umgebung über die Vorgänge, die sich wirklich in ihrer Seele abspielen, zu täuschen. Das sei eine in der Psychiatrie so unbestrittene Tatsache, daß hierüber kein Wort zu verlieren ist. Der Gutachter kommt deshalb zu der Ueberzeugung, daß sich bei dem Verunglückten aus Anlaß der starken Schmerzen und der zunehmenden Eiterung an seiner rechten, für den Hauerberuf unentbehrlichen Hand und wegen seiner schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse infolge krankhafter Störung der Geistestätigkeit vermutlich die Vorstellung entwickelt hat, daß er für seine Familie nicht mehr werde sorgen können. In diesem Zustand von akuter Nervenerschöpfung, die durch rasende Schmerzen und den hiermit verbundenen Kräfteverfall und Schlaflosigkeit bedingt war, habe er Selbstmord verübt. Es stehen also Unfall und Selbstmord in ursächlichem Zusammenhang.

Die Berufsgenossenschaft zog nach Kenntnisnahme dieses Gutachtens ihren Rentenablehnungsbescheid zurück und erkannte die Entschädigungspflicht an. Daraufhin wurde der von der Witwe erhobene Rekurs von der Rechtsabteilung des ADGB. zurückgenommen.

Arbeitsrechtliches

Folgen des Zuspätkommens vor Gericht

Der Reisende, der mit dem Zug 9.10 Uhr fahren will, wird nicht mitfahren können, wenn er erst 9.15 Uhr auf dem Bahnsteig erscheint und der Zug pünktlich abfährt. So geht es überall, wo es auf Pünktlichkeit ankommt. Die Einladungen zu Terminen bei den Versicherungsbehörden oder Gerichten sind ebenfalls auf eine bestimmte Zeit für das Erscheinen des Vorgeladenen abgestellt. Was geringes Zuspätkommen vor Gericht — in diesem Falle handelt es sich um einen Strafprozeß — für Folgen haben kann und welche Ansichten das Reichsgericht hierzu äußert, geht aus nachstehendem Fall, der einem Urteil des Reichsgerichts vom 21. Dezember 1931 zugrunde lag, hervor. In dem Fall, mit dem sich das Reichsgericht zu beschäftigen hatte, war im

Strafprozeß ein Angeklagter in erster Instanz verurteilt worden. Er legte Berufung ein, wurde auf 9.30 Uhr zum Termin geladen, war aber — vielleicht weil er einige Zeit herumirrte, ehe er den Sitzungssaal fand — erst 9.35 Uhr zur Stelle. Dort erfuhr er zu seinem Schreck, daß die Berufung bereits verworfen und das Versäumnisurteil verkündet war.

Die Revision des Angeklagten hatte Erfolg. Allerdings — so heißt es in den reichsgerichtlichen Gründen — hatte der höchste Gerichtshof noch zu prüfen, ob die Voraussetzungen des § 329 der Strafprozeßordnung vorgelegen haben und ob bei der Beurteilung der Vorderrichter einen Rechtsbegriff verkannt hat. Hier kommt nur der Rechtsbegriff des Ausbleibens in Frage. Nach den getroffenen Feststellungen ist der Angeklagte erst etwa fünf Minuten später erschienen. Zugunsten des Angeklagten muß angenommen werden, daß die Verzögerung nicht länger als fünf Minuten gedauert hat.

Das Reichsgericht hat sich schon früher dahin ausgesprochen, daß das Gericht, wenn der Angeklagte beim Aufruf nicht im Sitzungssaal anwesend ist, erst den Versuch einer Nachschau im Gerichtsgebäude vornehmen lassen muß, wenn das ohne größeren Zeitaufwand geschehen kann, und es muß schon mit Rücksicht auf die nicht seltene Unbeholfenheit vieler Leute eine geringe Zeit warten, ehe es die schwere Folge des Rechtsmittelverlustes ausspricht. Diese Rechtspflicht hat der Vorderrichter verletzt, indem er ohne jede Nachschau in die Verhandlung eintrat und, ohne zu warten, den Antrag des Staatsanwalts entgegennahm, die Ordnungsmäßigkeit der Ladung prüfte und das Urteil erließ, noch bevor fünf Minuten seit dem Zeitpunkt verstrichen waren, auf den der Angeklagte geladen gewesen war. Demgemäß war die Aufhebung des Urteils und die Zurückverweisung der Sache an die Vorderinstanz geboten. Wäre die Zeitspanne größer gewesen, so hätte sie eine Abweisung der Revision zur Folge gehabt.

Politische Wochenschau

Wie Nazis die Mehrheit achten — Stürmische Sitzung des Preußischen Landtags — Thüringer Landtag wird aufgelöst? — Staatspräsidentenwahl in Hessen vertagt

Der seit Wochen zwischen einer klaren Mehrheit der Ausschußmitglieder und dem Ausschußvorsitzenden Strasser geführte Kampf um die Einberufung des Reichstagsausschusses zur Ueberwachung der Rechte der Volksvertretung ist jetzt in sein entscheidendes Stadium getreten: Der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses, der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser, hat — nach einer Mitteilung der „Nationalsozialistischen Korrespondenz“ — die Einberufung dieses Ausschusses endgültig abgelehnt, nachdem er wochenlang auf den Antrag überhaupt nicht geantwortet hatte. Schließlich behauptet er, das deutsche Volk habe kein Interesse mehr an dem aufgelösten Reichstag und seinen Ausschüssen. Aus dieser Handlungsweise eines nationalsozialistischen Ausschußvorsitzenden ist wiederum sehr deutlich die die Freiheit mißachtende Tendenz ihrer politischen Ziele zu ersehen.

Im Preußischen Landtag gab es in der letzten Sitzungsperiode stürmische Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien und den Nationalsozialisten. Anlaß dazu gab die Amnestievorlage des Staatsrats, der das vom Landtag beschlossene Gesetz ablehnte. Den schweren Lärm- und Krawallszenen, die von den Nationalsozialisten inszeniert wurden, konnte der nationalsozialistische Präsident Kerrl nicht Herr werden. Unter größter Unruhe sprach der preußische Justizminister zur neuen Amnestievorlage; als er dann zum zweitenmal das Wort ergriff, um auf die inzwischen vom nationalsozialistischen Abgeordneten Kube erhobenen unerhörten Angriffe zu erwidern, erhob sich bei den Nationalsozialisten ein

fürchterlicher Lärm. Die Nationalsozialisten erhoben drohend die Fäuste gegen den Justizminister. Die Lärm Szenen bei den Nationalsozialisten steigerten sich. Einzelne nationalsozialistische Abgeordnete gingen gegen die Rednertribüne vor, auf der der Minister stand. Die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden. Bei der Abstimmung über die vom Staatsrat abgelehnte Amnestie wurden 401 Karten abgegeben. Die wegen des Einspruchs des Staatsrats erforderliche Zweidrittelmehrheit würde 268 Stimmen betragen. Für das Gesetz wurden 244 Stimmen, dagegen 155 Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums abgegeben. Die Zweidrittelmehrheit war also nicht erreicht. Das Ergebnis wurde von den Nationalsozialisten mit Pfuirufen aufgenommen. Kube (Natsoz.) erklärte darauf unter schweren Ausfällen gegen den Staatsrat, die Sozialdemokraten und das Zentrum, die Nationalsozialisten hätten an der Beratung vor dem Staatsrat kein Interesse. Er schloß mit einem Heilruf auf Hitler, worauf die Nationalsozialisten das Horst-Wessel-Lied anstimmten. Die Kommunisten sangen auch ein Lied, wurden aber von den Nazis überstimmt. Die Sitzung flog wieder auf. Das ist die neueste Taktik der staatszerstörenden Parteien: Nichts für das Volk, sondern alles Theater für sich.

Durch den Rücktritt der thüringischen Regierung und ihre Erklärung, daß sie nicht gewillt ist, die Landtagsbeschlüsse zum Haushaltsplan durchzuführen, hat sich die politische Lage sehr schnell geändert. Die sozialdemokratische Fraktion des Thüringischen Landtags brachte einen Antrag ein auf Auflösung des Landtags. Es soll noch in dieser Woche zur Abstimmung darüber kommen. Der Antrag dürfte Annahme finden, da sich bisher schon die großen Fraktionen für eine Landtagsauflösung eingesetzt haben.

Der erste Wahlgang zum Staatspräsidenten für Hessen im Hessischen Landtag verlief ergebnislos, denn keiner der Kandidaten erhielt die absolute Mehrheit. Jede Partei stimmte für ihren eigenen Kandidaten. Abgegeben wurden für die Abgeordneten Werner (Natsoz.) 35 Stimmen, Dr. Adelung (SPD.) 17 Stimmen, Finanzminister Kirnberger (Zentr.) 10 Stimmen und Keil (Komm.) 8 Stimmen. Nach etwa zweistündiger Unterbrechung der Sitzung wurde der zweite Wahlgang zur Staatspräsidentenwahl auf Wunsch verschiedener Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt. Der Landtag wird am 14. Juli erneut zusammentreten, um die Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen.

Briefkasten der Redaktion

Gerolstein 8. Die Hausbesitzer auf preußischem Staatsgebiet haben vom 1. Juli 1932 an die Hauszinssteuer voll an den Fiskus abzuführen ohne Rücksicht auf die bisher aus sozialen Gründen gewährten Steuerermäßigungen für notleidende Mieter. Es sind aber Erleichterungen in Aussicht gestellt, die wie bisher eine Befreiung von der Hauszinssteuer für notleidende Mieter vorsehen. Neumark, W. W. Die Wartezeit fällt in dem von dir angegebenen Fall, nach einer Arbeitsunfähigkeit von mindestens vierwöchiger Dauer, fort.

Bernburg, U. G. Die Entscheidungen über die Gewährung der Krisenunterstützungen liegen auch nach der Neuordnung nach wie vor beim Vorsitzenden des Arbeitsamtes. Soweit jedoch die Gemeinden, der Gemeindeverband, oder die Einspruchsstelle die Hilfsbedürftigkeit verneint, ist der Vorsitzende des Arbeitsamts an diese Beurteilung gebunden. Die gleiche Bindung wird auch dem Spruchausschuß auferlegt. Krisenunterstützung erhalten auch künftig nur Arbeitslose, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben (Ausgesteuerte).

Abbau 20. Nach unsern Ermittlungen kommt für Dich die Lohnklasse VII in Frage. Da der Ort weniger als 10 000 Einwohner aufweist, kommt für Dich eine Unterstützung von 10,80 M wöchentlich oder 1,80 M täglich zur Auszahlung.

Fremder Zimmerer. 6. Das Gesuch muß beim Arbeitsamt Lugau, Gartenstraße 10, eingereicht werden. — Als Reiseziel kann auch ein Landesarbeitsamtsbezirk angegeben werden.

Literarisches

Das Kapital. Das seit Jahrzehnten wichtigste Buch der modernen Arbeiterbewegung — Marx, „Das Kapital“ — wird als Organisationsausgabe von der Verlagsgesellschaft des ADGB. in einer wohlfeilen, gut ausgestatteten ungekürzten Ausgabe vertrieben. Der erste Band, „Der Produktionsprozeß des Kapitals“, liegt vor (Preis 2,50 Mk.). Er umfaßt 768 Seiten und ist mit einer längeren Einleitung von Karl Korsch versehen, die eine wertvolle Anleitung zum Studium des Buches gibt. Wir können nur dringend empfehlen, von dieser günstigen Gelegenheit recht ausgiebig Gebrauch zu machen.

„Die Gemeinde“ muß jeder Kommunalpolitiker lesen. Eine Fülle von Material, Verordnungen, Berichten, Beispielen, Anleitungen und Rechtsauskünften findet sich in der Kommunalen Rundschau in übersichtlicher Art für die Praktiker in Stadt- und Landgemeinden zusammengestellt. Jeder Kommunalpolitiker benötigt die „Gemeinde“ und bestellt sie für 3 Mk. vierteljährlich bei der Post, der Volksbuchhandlung oder beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Anzeigen

Sterbetafel

Berlin. Am 6. Juli starb unser Kamerad Friedrich Globig im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs. — Am 10. Juni starb unser Kamerad Gustav Reimann im Alter von 85 Jahren an Altersschwäche. Coburg. Am 1. Juli starb unser Kamerad Nickol Glöckel im Alter von 66 Jahren an Magenleiden. Frankfurt a. Main. Am 23. Juni starb unser Kamerad Eduard Schneider im Alter von 25 Jahren infolge eines Lungenleidens. Hamburg. Am 30. Juni starb unser Kamerad Friedrich Meyer im Alter von 66 Jahren. Hannover. Am 6. Juli starb unser Kamerad Wilh. Oetker im Alter von 39 Jahren an Herzschlag. Karlsruhe. Am 3. Juli starb unser Kamerad Hermann Greiner im Alter von 61 Jahren an Arterienverkalkung. Nürnberg. Am 29. Juni starb unser Kamerad Johann Drechsler im Alter von 60 Jahren an Blinddarmentzündung. Plauen i. Vogtl. Am 24. Juni starb unser Kamerad Eduard Wolf im Alter von 76 Jahren. Schmiedeberg. Am 7. Juni starb unser Kamerad Bruno Hempel im Alter von 76 Jahren. Wilster. Am 30. Juni starb unser Kamerad Nikolaus Hoesch im Alter von 80 Jahren infolge Altersschwäche. Ehre ihrem Andenken!

Kameraden!

Jede gelesene Nummer des „Zimmerer“ muß einem Unorganisierten in die Hand gegeben werden!

Kauft (F) die vom Verband herausgegebene Fachliteratur!

Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität. Blatt Ia gediegene Rotbuche. Garantie. Werkzeuge Abbildung und Preisliste gratis. Karl Ramisch, Pirna a. d. Elbe.

Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

in Samt, Manchester, Leder und Pilot. Werkzeuge und Teakholz-Wasserwaagen, Schlapphüte, Isländer. Preisliste gratis. Mechanische Kleiderfabrik. Welt-Versandhaus Fritz Ulrich Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60

